



E: 15.11.2020

über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

hch
10.11.

Der Magistrat

Dezernat für Umwelt,
Grünflächen und Verkehr

Stadtrat Andreas Kowol

über
Magistrat

und
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

an den Ausschuss für Umwelt, Energie
und Sauberkeit

A . November 2020

Wiesbaden erklärt den Klimanotstand

- Antrag der FDP vom 23.05.2019 -

- Überweisungsbeschluss Nr. 292 der Stadtverordnetenversammlung vom 27.06.2019 -

- Vorlagen-Nr. 19-F-05-0021

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass die Landeshauptstadt Wiesbaden laut aktuellem Bericht des Klimaschutzcontrollings einen positiven Trend in der Klimabilanz aufweist.
2. dass die CO₂-Emissionen in allen Sektoren (Wirtschaft, Verkehr, Haushalte) zurückgegangen sind, so dass im Gesamtergebnis zehn Prozent weniger CO₂ ausgestoßen wurde als noch 1990.
3. dass die CO₂-Emissionen pro Kopf in Wiesbaden im selben Zeitraum ebenfalls rückläufig waren und mit 10,1 t (2017) je Einwohner deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 11 t lagen.
4. dass der Gesamtenergieverbrauch der Stadt seit 1990 kaum angestiegen, gerechnet pro Einwohner sogar um zwei Prozent gesunken ist, womit Wachstum und Energieverbrauch erfolgreich voneinander entkoppelt wurden.
5. dass sich im selben Zeitraum (also seit 1990) das BIP der Stadt nahezu verdoppelt und die Einwohnerzahl von 255.000 auf mittlerweile über 290.000 angestiegen ist.
6. dass trotz der positiven Entwicklung die mit dem Beschluss vom 10.05.2007 festgesetzten Ziele („20-20-20“) zum Klimaschutz bis 2020 nicht erreicht werden.
7. dass aus diesem Grund die von der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des integrierten Klimaschutzkonzeptes beschlossenen Maßnahmen zügig und entschlossen vorangetrieben werden müssen, um weitere Einsparpotentiale zu realisieren.
8. dass Klimaschutz eine kommunale Aufgabe von hoher Priorität ist, die wesentlichen Rahmenbedingungen für effektive Emissionsminderungen jedoch durch Bundes-, Landes-, Europäisches- und Internationales Recht gesetzt werden.

II. Der Magistrat wird gebeten,

1. in der Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungen darauf hinzuwirken, den Klimaschutz bei allen Aktivitäten mit zu berücksichtigen. Im Public Corporate Governance Kodex wird der vierte Unterpunkt („Wertvorstellungen“) im Kapitel 1.2 Allgemeine Grundsätze und Ziele wie folgt neu gefasst: „den Zielen der Nachhaltigkeit und eines sorgsamen Umgangs mit natürlichen Ressourcen, insbesondere der Einsparung von CO₂-Emissionen, wo immer es technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist.“
2. zu berichten, welche positiven Effekte auf die CO₂-Bilanz durch die Elektrifizierung des Busverkehrs zu erwarten sind.
3. sich beim Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass Land und Bund die Kommunen bei ihren Klimaschutzbemühungen unterstützen, insbesondere durch eine Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf die Sektoren Verkehr, Landwirtschaft und Wohnen.

Berichtstext des Dezernates V

Um dem fortschreitenden Klimawandel entschieden entgegen zu wirken, hat die Landeshauptstadt Wiesbaden sich im Juni 2019 einer internationalen Bewegung angeschlossen: Die Stadtverordnetenversammlung hat - ebenso wie zahlreiche Kommunen weltweit - den sogenannten Klimanotstand („climate emergency“) ausgerufen. Damit wird zum einen ein öffentlichkeitswirksames Zeichen gesetzt, dass der Klimawandel als Gefahr erkannt wurde, dem entschieden entgegen zu wirken ist. Zum anderen setzt die Landeshauptstadt sich damit eigene Ziele, Klimaschutz vor Ort mit noch mehr Nachdruck als bisher zu betreiben. Damit kommt sie ihrer Rolle als Vorbild für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für die Wirtschaft nach.

Die Notwendigkeit, Taten folgen zu lassen hat Wiesbadens letzte Treibhausgasbilanz aus dem Jahr 2017 bestätigt: Die selbst gesteckten Ziele, eine Treibhausgasreduzierung um 20 % bis zum Jahr 2020 zu erreichen, konnten mit den bisherigen Mitteln und Maßnahmen nicht erreicht werden; stattdessen sind sie deutlich verfehlt worden.

Mit dem Klimanotstand hat die Stadtverordnetenversammlung das Ziel formuliert, Klimaschutz als Querschnittsaufgabe des Gesamtkonzerns Stadt zu etablieren. Das Thema Klimaschutz und damit auch verbunden das Thema Klimaanpassung muss deutlich mehr in das Bewusstsein aller in dieser Stadt gerückt werden.

Bei der Betrachtung der Umsetzung ist zu beachten ist, dass Klimaschutz eine überaus komplexe Aufgabe ist, die sich nur Schritt für Schritt angehen lässt und eine Aufgabe für die nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte darstellt. Die Verwaltung arbeitet daran, die im Beschluss gefassten Ziele zu erreichen, die Umsetzung benötigt aber Zeit. Bei zahlreichen Effekten ist es außerdem schwer, eine fundierte Datenbasis zu erhalten, so dass die Darstellung eher qualitativ als quantitativ ausfällt. Rückmeldungen aus den verschiedenen Fachbereichen und der Eigenbetriebe zu klimarelevanten Vorhaben und Prozessen sind zum Großteil ausgeblieben. Die Gründe dafür liegen anscheinend darin, dass es äußerst schwierig ist, das allgemeine Thema runter zu brechen und konkrete Aussagen für den eigenen Fachbereich zu treffen. Der derzeit verfolgte Ansatz ist es daher, im Rahmen des Aufbaus eines Klimaschutz-Management-Systems gemeinsam mit Akteuren aus dem Gesamtkonzern Stadt in entsprechenden Arbeitsgruppen einen strukturierten Prozess einzuleiten, der konkrete Ergebnisse mit sich bringt.

Zu II. 2)

„Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, welche positiven Effekte auf die CO₂-Bilanz durch die Elektrifizierung des Busverkehrs zu erwarten sind.“

In der Vorhabenbeschreibung zur Richtlinie zur „Förderung der Anschaffung von Elektrobusen im öffentlichen Personennahverkehr“ von März 2018 „Grüne Wiesbadener Strategie Elektromobilität“ (kurz Grüne WieSE) eingereicht von der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH im August 2018 heißt es: „Durch die vollständige Substitution der Dieselsebusse unter Verwendung von regenerativ erzeugtem Strom lassen sich ca. 15.629 t CO₂, 24 t CO, 2,5 t PM sowie 130 t NO_x lokal vollständig vermeiden. Anteilig auf die vorliegenden 120 Kraftomnibusse und 20 Gelenkomnibusse, welche zum gegenwärtigen Projektstand 23 EURO III-, 7 EURO IV- und 110 EURO V-Busse substituieren, ergibt sich eine jährliche Einsparung von rund 9.400 t CO₂, 14 t CO, 1,5 t PM und 78 t NO_x“

Das heißt, durch die vorgesehene Elektrifizierung der gesamten Busflotte lassen sich jährlich ca. 15.000 t CO₂ lokal einsparen.

Zurzeit betreibt die ESWE Verkehr 10 Batteriebusse und einen Brennstoffzellenbus. Für das Jahr 2020 ist noch die Lieferung 21 weiterer Batteriebusse geplant. Für 2021 sind 89 Batteriebusse und 10 Brennstoffzellenbusse vorgesehen. Darüber hinaus prüft die ESWE Verkehr aktuell die Machbarkeit weiterer 140 Brennstoffzellen-Range-Extender Gelenkfahrzeuge in den Jahren 2022 und 2023.

Zu II. 3)

„Der Magistrat wird gebeten, sich beim Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass Land und Bund die Kommunen bei ihren Klimaschutzbemühungen unterstützen, insbesondere durch eine Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf die Sektoren Verkehr, Landwirtschaft und Wohnen.“

Das Thema Ausweitung des europäischen Emissionshandels wird weiterhin auf politischer Ebene diskutiert. Auch in Arbeitsgruppen des Deutschen Städtetags wird das Thema bearbeitet. Für die LHW ist unter anderem die Umweltamtsleitung vertreten in den Fachkommissionen „Umwelt“ des Deutschen Städtetags und des Hessischen Städtetags und setzt sich für das Thema ein.

Umfangreiche Fördermaßnahmen sind auf Landes- und Bundesebene installiert worden und werden von der LHW in Anspruch genommen. Zum Beispiel ist ein durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gefördertes Quartierskonzept für Alt-Biebrich erstellt worden, um vor Ort zum einen Energie und CO₂ einzusparen; darüber hinaus werden alternative Lösungen für die Wärmeversorgung und die Steigerung des Einsatzes erneuerbarer Energien angestrebt. Ziel ist es, umfassende Sanierungsmaßnahmen zur Steigerung der Gebäudeenergieeffizienz im Quartier zu erreichen. Zurzeit läuft die Antragsstellung für eine/n Quartiersmanager/in, die/ der für die Maßnahmenumsetzung aus dem Konzept zuständig ist und Energieberatung vor Ort anbietet.

Außerdem beantragt (Bescheid noch ausstehend) sind Fördermittel für ein Projekt zum Thema „Wasser-Extremereignisse“ im Bundesprogramm „Wasser-Forschung und Wasser-Innovationen für Nachhaltigkeit“. Hier soll es künftig um Strategien gehen, durch multifunktionale Plätze gegensätzlichen Extremwetterereignissen wie Überschwemmungen durch Starkregenereignisse und Wassermangelsituationen gerecht zu werden.

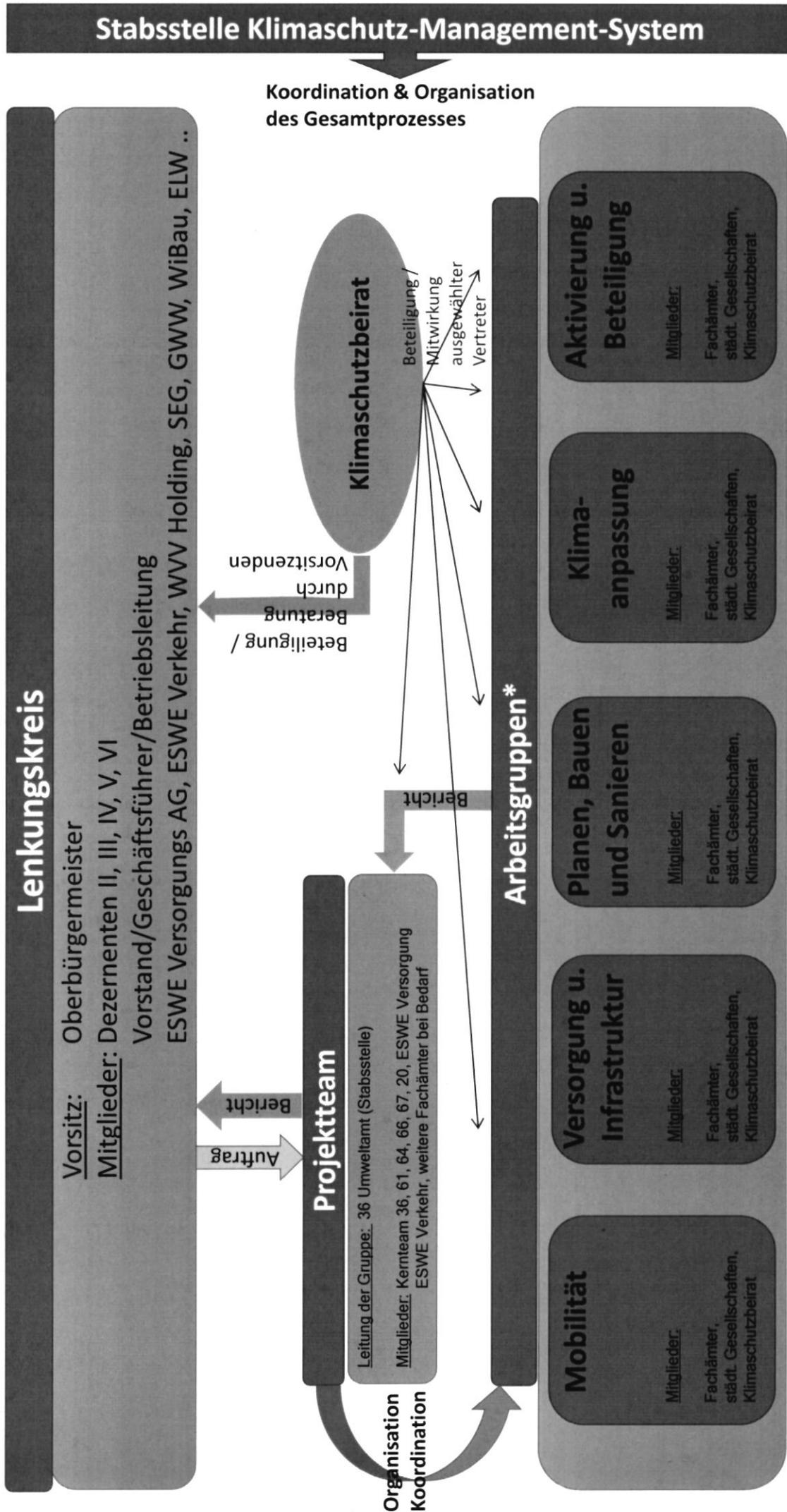
Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be a cursive name, possibly 'C. Schmid', written over the closing text.

Anlage

Organigramm Klimaschutzmanagementsystem

Klimaschutz-Management-System Wiesbaden



* Beispielhafte, vorläufige Aufstellung